

teidigung, zu der selbstverständlich auch die Fähigkeit gehört, im Notfall den Feind nicht nur ausser Landes zu treiben, sondern auch ausser Landes zu halten, so sind das Dinge, deren Notwendigkeit die Sozialdemokratie nicht bestreitet, für die sie vielmehr selbst eintritt. Eine Haltung, die die Sozialdemokratie in der Erfüllung internationaler Pflichten nicht hemmt, sondern sie im Gegenteil in den Stand setzt, heute, wo die gegenseitige Abhängigkeit der Nationen auf allen Gebieten des sozialen Lebens schon in so hohem Grade eine Wahrheit ist und in immer höherer Masse ausgebildet wird, wo ein immer dichteres Netz von wirtschaftlichen Beziehungen aller Art über die Kulturwelt sich ausbreitet und mit ihnen Rechtswesen, Wissenschaft, Kunst, Sozialpolitik immer internationaler werden, den internationalen Pflichten einer Arbeiterpartei und einer Friedenspartei mit um so grösserer Energie nachzukommen. Je fester wir uns entschlossen zeigen, Ungebühr vom eigenen Land fernzuhalten, um so kraftvoller können wir auch für das Recht anderer eintreten.

XX

## WILLEM HUBERT VLIENEN · DIE ENTSCHEIDUNG IN HAARLEM UND IHRE BEDEUTUNG

I

**R**EREITS nach dem vorjährigen, dem Utrechter Parteitag habe ich den Lesern dieser Zeitschrift mitgeteilt, dass die dort in der Minderheit gebliebene *Nieuwe Tijd*-Gruppe zur offenen Revolte gegen die Partei übergegangen war.<sup>1)</sup> Ihre Anhänger weigerten sich, Sitze im Parteivorstand zu übernehmen, einige erklärten ausserdem, sich aller mündlichen und schriftlichen Propaganda und aller politischen Tätigkeit zu enthalten, solange die Utrechter Resolution in Geltung bliebe.

Zum besseren Verständnis gebe ich hier den Wortlaut dieser Resolution des Utrechter Parteitags wieder:

»In Erwägung, dass seit einigen Jahren in der Partei die Erscheinung zu konstatieren ist, dass systematisch gewissen Parteigenossen der Stempel der *Prinzipien-schwäche*, des *Opportunismus*, *Revisionismus* usw. durch andere Parteigenossen aufgedrückt wird, die sich insbesondere berufen und verpflichtet fühlen, die Partei vor Verwässerung, vor Abweichung von dem durch das Prinzip vorgeschriebenen Wege zu beschützen;

in Erwägung, dass diese Erscheinung Widerstand hervorgerufen hat auf der anderen Seite, welche sich ebenso verletzender Qualifikationen bedient;

in Erwägung, dass infolgedessen die Einheit der Partei in Gefahr gerät, bedauert der Parteitag den Missbrauch der Kritikfreiheit, welche Freiheit in unserer Partei über jedem Zweifel steht, und legt er allen Parteigenossen die Pflicht auf, die Kritik innerhalb solcher Grenzen zu halten, dass die Genossen ihre gegenseitige Würde und die Einheit der Partei hochhalten.«

Diese Resolution war ein Ordnungsruf an die Adresse derjenigen Genossen, die seit einigen Jahren eine Anzahl anderer mit einer Art theologischen Hasses — der Ausdruck stammt vom Genossen Tak — verfolgten, und die schon mehr als einmal denen, die mit ihnen nicht einer Ansicht waren, die vollen Rechte als Parteigenossen abgesprochen und das Zusammenleben in der Partei unerträglich gemacht hatten. Die *marxistischen* Genossen fassten aber die Reso-

<sup>1)</sup> Vergl. meinen Artikel *Prinzip und Praxis in der niederländischen Sozialdemokratie* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1906, 1. Bd., pag. 464.

lution als eine Erklärung des Parteitags gegen den Marxismus auf, sie suchten, und es scheint, sie fanden auch schreckliche Dinge darin, die Abschaffung der Kritikfreiheit und anderes mehr. Deshalb erklärten sie der Parteileitung und der hinter ihr stehenden Mehrheit den offenen Krieg. Ihr Irrtum war der, dass sie meinten, die Parteileitung schwimme in dem selben Gedankenstrom, wie sie, und liesse sich bei ihren Taten von den gleichen Motiven leiten, wie sie. Sie sahen infolgedessen in jeder Handlung des Parteivorstandes, der Kammerfraktion, der Redaktion des Parteiorgans einen Angriff auf den Marxismus und eine Vergewaltigung der Minderheit. Es ist nicht zu verkennen, dass die Gefahr einer Spaltung sehr gross war. Die Spaltung hatte tatsächlich in dem Augenblick begonnen, als alle Anhänger der *Nieuwe Tijd*-Gruppe, welche zur Mitgliedschaft im Parteivorstand vorgeschlagen wurden, die Wahl ablehnten. Diese Tat enthielt die Ablehnung jeder Verantwortlichkeit für die Parteileitung, und diese wurde der einen Richtung in der Partei aufgedrängt. Die *Marxisten* etablierten sich innerhalb der Partei als Opposition.

War durch dieses Verhalten die Spaltung schon im Gange, so wurde der Konflikt noch verschärft, als der Parteivorstand in Hinsicht auf die vielfache Kritik des Parteiprogramms eine Kommission ernannte, die in eine Beurteilung des Parteiprogramms eintreten und »eventuell«, nämlich für den Fall, dass die Kommission zu dem Ergebnis gelangen sollte, dass das Programm der Abänderung bedürfe, dem Parteivorstand diesbezügliche Anträge unterbreiten sollte. In diese Kommission berief der Parteivorstand die beiden Richtungen in ungefähr gleicher Stärke, aber alle *marxistischen* Genossen lehnten die Aufgabe ab, und die ganze Gruppe redete und schrieb von der Überschreitung der Machtbefugnisse des Parteivorstandes, von der Vergewaltigung der Minderheit; und anstatt sich um ihren Anteil an dieser rein theoretischen Angelegenheit zu bemühen, anstatt mittels einer solchen Tätigkeit ihre theoretischen Ansichten in grösserem Masse, als seither, unter die Masse der Genossen zu bringen, entfachten sie einen Streit über die Frage, ob der Parteivorstand über seine Befugnisse hinausgegangen war oder nicht. Dieses Verhalten der *marxistischen* Genossen rief auf der anderen Seite tiefe Entrüstung hervor. Sollte es denn jetzt immer so weiter gehen, dass aus jeder Sache, die man unternahm, nur Gift gesogen würde? Wer, wie die Mitglieder des Parteivorstands, gemeint hatte, die Untersuchung des Parteiprogramms sei ein fast unfehlbares Mittel, um die prinzipielle Einheit der ganzen Partei darzutun — denn auch die holländischen *Revisionisten* sind tatsächlich alle *Marxisten* —, der sah in dieser *Dienstverweigerung* nicht viel anderes, als eine Obstruktion, unternommen zu dem Zwecke, die führenden Organe an der Arbeit zu verhindern, die Partei in Verwirrung zu bringen. So ward der Streit immer heftiger, die Feindschaft immer grösser.

## II



Die Tagesordnung des Parteitags war natürlich der Ausdruck dessen, was in der Partei vorging. Die etwa ein halbes Dutzend zählenden *marxistischen* Sektionen hatten von ihrem Rechte, Anträge auf die Tagesordnung zu setzen, ausgiebigen Gebrauch gemacht. Zunächst, um das Verhalten des Parteivorstands in Sachen der Programmrevision mit einem Tadel zu belegen, alsdann, um die Zurücknahme der Unrechter Resolution zu erreichen; auch gegen die Redaktion des Parteiorgans

richtete sich der Sturm auf. Diese wurde unter anderem von der Sektion Leiden beschuldigt, dass sie von den Lehren von Marx und Engels nichts verstünde. Andere Anträge waren gegen das Verhalten der Kammerfraktion in Sachen des Frauenwahlrechts und gegen das Verhalten aller führenden Organe in Sachen der Krankenversicherung gerichtet. Diesen Anträgen standen andere gegenüber, welche bezweckten, die Art der Opposition zu brechen, wie die *marxistischen* Genossen sie handhabten. Einer dieser Anträge ging so weit, den Parteivorstand zu beauftragen, diejenigen Genossen, welche sich den Parteitagsbeschlüssen nicht fügten, aus der Partei auszuschliessen. Andere Anträge wollten durch einen Parteitagsbeschluss die Versöhnung herbeiführen. Der Parteivorstand beantragte, die ganze Angelegenheit als einen besondern Punkt auf die Tagesordnung zu setzen und die Genossen Gorter und Troelstra zu Referenten zu bestellen.

Es war im Laufe des Jahres eine Broschüre *Marxismus und Revisionismus* von Pannekoek und Gorter erschienen, welche als eine Art Programmschrift der *Marxisten* ausgegeben wurde. Darin wurde ausgeführt, dass die *revisionistische* Richtung, zu der alle Fraktionsmitglieder, alle Redakteure des Zentralorgans und alle Parteivorstandsmitglieder gehören, eine *bürgerlich-parlamentarische* Richtung sei, und diese Richtung wurde als eine im schroffsten Gegensatz zu der wirklichen Sozialdemokratie stehende behandelt. Gorter hatte in dieser Broschüre alle opportunistischen Sünden der Sozialisten aller Länder zusammengefasst. In unserer Heimat fand er nichts anderes, als einige, für seine Zwecke zurechtgestutzte Zitate, womit ihm bewiesen schien, dass die Partei ihren proletarischen Charakter verloren hatte. Der Parteivorstand stellte nun die Frage in ihrer ganzen Breite: Ist es wahr, dass die Partei den rechten sozialdemokratischen Weg verlassen hat, oder dass sie im Begriffe steht, ihn zu verlassen? Dieses hatte Gorter zu beweisen. Die *marxistischen* Genossen machten noch den Versuch, die Debatte an der so scharf gestellten Frage vorbeizuführen, auch wurde beantragt, die Referate Gorters und Troelstras nicht halten zu lassen. Der Parteitag schloss sich aber mit überwiegender Mehrheit dem Vorstand an, und Gorter erhielt das Wort.

Die Ausführungen Gorters stimmen im wesentlichen mit dem Artikel *Zum Parteitag in Holland* im *Vorwärts* vom 31. März 1907 überein. Er machte auch nicht den geringsten Versuch, die *revisionistische* Parteileitung in einen theoretischen Gegensatz zur Sozialdemokratie zu bringen. Das A und O seines Referats war der Gedanke, dass in der Partei eine »zur Bourgeoisie hinneigende« Tendenz vorhanden sei, welche sich in dem Verhalten zu verschiedenen praktischen Fragen offenbart habe. Er fing damit an, das Wort des Parteivorstandes zurückzuweisen, als hätten Gorter und Pannekoek in ihrer Broschüre die leitenden Organe angeschuldigt. Diese Broschüre war eine theoretische, die nur den Zweck hatte, den Parteimitgliedern prinzipielle Aufklärungen zu verschaffen. Im Vorbeigehen sagte Gorter, dass die Redaktion des Parteiorgans die *Nieuwe Tijd*-Gruppe verhindert hätte, ihre Ansichten im Zentralorgan darzulegen. Alsdann kam der Redner zu seinen Beweisen dafür, dass, wie er selbst es ausdrückte, die Partei in letzter Zeit immer mehr und mehr eine neue Richtung einschlug. Den Unterschied zwischen *Marxisten* und *Revisionisten* skizzierte er folgendermassen: Die *Marxisten* wollen Reformen und Endziel durch den Kampf erreichen, durch das Befolgen unseres, aus der Er-

fahrung abgeleiteten Programms der Prinzipien und des Kampfes, die *Revisionisten*, *Opportunisten*, *Reformisten* durch Konzessionen an die Bourgeoisie, sie handeln nicht mehr nach dem Programm, sondern nach der Politik des Tages.

Als ersten Punkt betrachtete der Redner die Agrarfrage, zu der die Partei 1897 einen *opportunistischen* Programmparagraphen aufstellte, der 1905 abgeschafft worden ist. Der zweite Punkt war die Schulfrage, zu der die Partei beschlossen hatte, sich einer Subvention der konfessionellen Schulen nicht zu widersetzen. Der dritte Punkt betraf die Haltung der Kammerfraktion, speziell Troelstras in dem Kampf gegen Dr. Kuypers Zwangsgesetz vom Jahre 1903. Redner kennzeichnete diese Haltung als *opportunistisch*. Diese Dinge findet er in Holland so gefährlich, weil es ein kleinbürgerliches Land ist, in dem die bürgerliche Demokratie eine Zukunft hat. Er führte aus, dass der Kolonialbesitz und der ausgebreitete Handel die bürgerliche Demokratie militaristisch mache. Als Beweise neueren Datums führte Gorter das Verhalten der Kammerfraktion bei der Beratung des Gesetzes über den Arbeitsvertrag an, wobei sie für einen Artikel gestimmt hat, der das Erheben einer Kaution von den Arbeitern zulässt. Ferner führte Gorter das Verhalten des Parteivorstands gegenüber der Krankenversicherungsvorlage ins Treffen, sowie die Zustimmung zur Trennung von Alterspension und Invalidenversicherung. Im Zentralorgan sah er überall *Opportunismus*. Bei Betrachtung der französischen Wahlen habe es die *unabhängigen* Sozialisten der geeinigten Partei zugezählt und nichts dagegen eingewandt, dass der englische Korrespondent es guthieß, dass das *Labour Representation Committee* vom Klassenkampf nicht reden wollte. Auch in dem Verhalten der Kammerfraktion zu dem Frauenwahlrecht sah Gorter *Opportunismus*. Troelstra habe ferner gesagt, wenn die Regierung den von der ersten Kammer abgelehnten Militäretat noch einmal einbringe, würde die Kammerfraktion dafür stimmen. Der Redner tadelte sodann die Agitation für den Zehnstundentag, bei der verschwiegen werde, dass man zum Achtstundentag gelangen wolle. Sein Zorn wandte sich auch gegen mich, weil ich in den *Sozialistischen Monatsheften* geschrieben hätte, die holländische Partei sei für die Teilnahme an der Regierung noch nicht reif; das beweise, wo ich hin wolle. Dann zählte der Redner die Sünden der französischen Radikalen auf und schloss mit einem Aufruf zum unversöhnlichen Klassenkampf.

Natürlich habe ich hier nur skizzenhaft angeben können, was Gorter sprach, um die allgemeine Tendenz seiner Rede festzuhalten. Er sprach sehr fließend, und er brauchte 3½ Stunden. Als oratorische Leistung war die Rede *first class*, aber als Gorter geendet hatte, war die Sache der *Marxisten* vollständig verloren. Eine von prinzipiellen Gesichtspunkten handelnde Rede hätte Eindruck machen können, die Aufzählung aller dieser bekannten Sachen, dieser *ollica Kamellen* vermochte es nicht.

Troelstra führte nun zu allererst aus, dass es nicht wahr sei, dass die Utrechter Resolution die Freiheit der Kritik unterbinden wolle, aber die Art der Kritik und hauptsächlich der Zeitpunkt des Loslassens der Kritik müsse besser gewählt werden. Als Vorbild hierfür führt der Redner an, dass im Jahre 1875 die Marxsche Kritik des Gothaer Programms nicht veröffentlicht wurde, um die Einigung nicht zu verhindern. Und nun erst die Art der Kritik! Da führt Pannekoek in seiner Broschüre quasi wissenschaftlich aus, wir seien bürger-

liche Parlamentarier, also keine Sozialdemokraten! Ist das Kritik? Die Unzahl von hierhergehörigen kleinen Vorkommnissen, über welche man sich in der Partei zum Teil schon ausgesprochen hat, wurde vom Redner nur gestreift. Er wies darauf hin, dass in manchem dieser Punkte auch *Marxisten* auf seiner Seite standen. In der Schulfrage hat Gorter viermal seinen Standpunkt revidiert. Zur Sache der Arbeiterversicherung war es die deutsche Partei, welche durch Molkenbuhr auf dem Amsterdamer Kongress den Standpunkt bekämpfte, den Gorter uns hier als den einzig marxistischen hinstellt. In Sachen des Frauenwahlrechts ist keine ausländische sozialistische Partei weiter gegangen, als die holländische. Einen Militäretat bewilligen heisst noch nicht den Militarismus anerkennen; unter gewissen Umständen kann eine Stimme für einen Militäretat eine antimilitaristische Stimme sein. Dass die Fraktion für den Kautionsartikel im Arbeitsvertragsgesetz stimmte, ist selbstverständlich, denn dieser Artikel beschränkt die Freiheit der Unternehmer, eine beliebige Kaution zu verlangen. Troelstra schilderte sodann mit gewaltiger Beredsamkeit die Lage, in die das Auftreten Gorters und Konsorten die Partei versetzt hatte. Ob man denn denke, in dieser Weise die Partei marxistisch zu machen? Jetzt hat man es schon erreicht, dass die Arbeiter nicht einmal den Namen mehr hören wollen. Heftig protestierte Troelstra dagegen, dass alles und jedes als Konzession an die Bourgeoisie ausgelegt wird. Er zählte eine Anzahl wissenschaftlicher Angriffe her, die von bürgerlicher Seite auf unsere Theorie gemacht wurden, und fragte, ob die *Nieuwe Tijd*-Gruppe auf diese Angriffe geschwiegen hätte, weil sie der Bourgeoisie entgegenkommen wollte. Gorter protestiert. »Ja, sehen Sie«, fährt Troelstra fort, »so geht es, wenn man Ihre Methode einmal auf Sie selbst anwendet! Ist es nicht der reine Wahnsinn, wenn man hierher kommt, um uns mit Angriffen zu bekämpfen, die sich gegen die freisinnigen Demokraten richten, und überdies auf ein Material gestützt, das wir selbst herbeigeschafft haben?« Von der Utrechter Resolution sagte Troelstra, Gorters Rede sei nur ein neuer Beweis dafür, wie notwendig sie war. Sie kann nicht zurückgenommen werden. »Wenn hier jemand sich zu beugen hat«, ruft er der *Nieuwe Tijd*-Gruppe zu, »so werden Sie es sein, nicht die Partei.« Zum Schluss sprach Troelstra warm auf die oppositionellen Elemente ein, sie auffordernd, ihre Methode zu ändern, damit die Einheit der Partei wieder möglich werde.

Nach Troelstras Referat gab Schaper eine Erklärung für die Kammerfraktion ab, der ich folgendes entnehme:

»In letzter Zeit wurde von hervorragenden Parteigenossen ernsthafte Beschwerde gegen das Auftreten der Sozialdemokraten im Parlament geführt. Es wurde ihnen nicht nur durch den Parteigenossen Gorter ohne stichhaltige Begründung und ohne gehörige Beweisführung vorgeworfen, dass sie bei der Beratung des Arbeitsvertragsgesetzes *revisionistisch* (in dem Sinne einer Abweichung von den sozialdemokratischen Prinzipien) gehandelt hätten, und durch Mendels und andere ihnen eine, der Bourgeoisie entgegenkommende Haltung angedichtet. Ernsthafter, als diese Beschuldigung unsozialdemokratischer Haltung in gewissen praktischen Angelegenheiten, ist die Behauptung, dass die Kammerfraktion prinzipiell, also regelmässig, infolge verkehrter allgemeiner Anschauungen nicht mehr den richtigen Standpunkt einnehme. Diese Ansicht muss notwendigerweise dahin führen, dass die Kritik der Arbeit der Kammerfraktion, eine Kritik, welche sonst ihr selbst und der Partei nur nützen könnte, nicht mehr vorurteilsfrei und sachlich sein kann, dass sie vielmehr beherrscht wird von einem Misstrauen in die Motive des Auftretens, und dass sie einem im voraus gefassten Urteil unterliegt. Wir sind einstimmig der Ansicht, dass, wenn diese Beschuldigungen von der Partei geteilt werden, wir nicht mehr berufen sind, die sozialdemokratische Arbeiterpartei im Parlament zu vertreten. Einstimmig

ist die Kammerfraktion der Meinung, dass ihr bisheriges Auftreten in der Kammer das richtige war, aber wenn wir auch in den folgenden Jahren die sozialdemokratische Partei wieder im Parlament vertreten und dort für unsere Prinzipien kämpfen sollen, so wird das nur geschehen können, wenn dieser Parteitag klar und deutlich ausspricht, dass er die Art der Kritik, wie sie geübt wurde, verurteilt, und dass wir sein volles Vertrauen genießen.«

Nach dieser Erklärung der Kammerfraktion ergriff der Schreiber dieses das Wort, um die Behauptung zu widerlegen, dass die Redaktion des Zentralorgans die Marxisten verhindert hätte, ihre Ansichten in *Het Volk* auszusprechen. Ich konstatierte die Tatsache, dass nicht ein einziger Artikel der *Nieuwe Tijd*-Gruppe abgelehnt worden war, dass vielmehr die Redaktion wiederholt van der Goes und Frau Roland-Holst zum Schreiben aufgefördert hatte. Ich wies es zurück, dass man eine Fraktion des ausländischen Sozialismus über die andere erhebt, und forderte die Solidarität der kämpfenden Arbeiterschaft in allen ihren Bestandteilen.

War bis hierher die Debatte eine solche zwischen Führern gewesen, so folgte jetzt, was die Partei ungestüm verlangte: die Delegierten der Sektionen kamen selbst an die Reihe. Nach einander ergriffen 26 Redner das Wort, jeder sprach nur kurze Zeit, aber lange genug, um den die Partei erfüllenden Geist vernehmlich zum Ausdruck zu bringen und zu sagen, wie sehr der immerwährende Streit, diese notwendige Folge des von den *Marxisten* geübten Systems der Kritik, den Parteigenossen das Leben verekele. Was hier gesagt wurde, war oft hart, oft zügellos, aber es war überzeugend, und gegen einen solchen Strom war nicht mehr anzukommen. Wenn auch nur der zehnte Teil von Gorters Beschuldigungen begründet gewesen wäre, so wäre allerdings ein Misstrauen gegen die führenden Parteiorgane angebracht gewesen, aber niemand, selbst keiner der *Hyperm Marxisten*, sprach auch nur ein Wort des Misstrauens aus, und bevor es zur Abstimmung kam, hatte denn auch die *Nieuwe Tijd*-Gruppe einen genügend tiefen Eindruck empfangen, um ihr bisheriges Verhalten abzuschwören.

### III

 LS Frau Roland-Holst die Rednertribüne bestieg, um im Namen der *Nieuwe Tijd*-Gruppe ein letztes Wort zu sagen, da wusste man, dass die Entscheidung jetzt fallen musste. Blich sie bei dem bisherigen Verhalten, so war die Spaltung unvermeidlich. Die Stimmung, in der der Parteitag ihr zuhörte, kann man sich vorstellen. Nachdem sie zu einigen, in der vorausgegangenen Debatte aufgetauchten Punkten gesprochen hatte, erklärte die Rednerin folgendes:

»Ich will jetzt mitteilen, zu welchen Beschlüssen unsere Gruppe nach langen Beratungen gelangt ist. Es ist viel geredet worden über eine Äusserung Gorters, aber auch in seinem Namen ebenso, wie in dem von van der Goes kann ich erklären, dass wir in die Partei gekommen sind, um mit den Arbeitern gemeinsam für den Sozialismus zu kämpfen. Das haben wir bis zum Utrechter Parteitag getan. Dass wir uns nach dem Parteitag von der Propaganda zurückzogen, haben wir wirklich nicht in der Absicht getan, die Partei Mores zu lehren. Ja, ich habe geschrieben, dass wir es taten, um die Partei zur Selbstbesinnung kommen zu lassen, aber damit war gemeint, dass wir die Partei davon überzeugen wollten, dass in ihr die eine Richtung unterdrückt wurde. Wir haben jedoch heute aus den Äusserungen mehrerer Arbeiterdelegierten vernommen, dass man unsere Auffassungen gerne hört, und wir wollen darum zur Propaganda zurückkehren.«

Stürmischer Beifall folgte diesen Worten, die Entscheidung war gefallen. Bedingungen hatte die Rednerin nicht aufstellen können, denn sie wusste, dass

sie dadurch nur alles wieder verdorben hatte. Tatsächlich fuhr sie denn auch fort:

»Wir verlangen nicht die Zurücknahme der Utrechter Resolution, denn wir wissen, dass es ein *Gesetz der Trägheit* gibt, welches das Zurückkommen auf gefasste Beschlüsse erschwert. Es ist etwas Sachliches in dem, was Troelstra über die Kritik sagte. Wir müssen nun einmal im allgemeinen unsere Kritik auf unsere Façon üben, aber wir wollen doch in Zukunft im Interesse der Einheit der Partei ihren Wünschen Rechnung tragen. Es gibt in der Partei verschiedene Auffassungen, aber die Unterschiede sind bei uns nicht grösser, als beispielsweise in Deutschland, und sind viel kleiner, als in Frankreich. Wenn man uns die Freiheit auch in bezug auf die Arbeitsteilung zubilligen will, so wird es möglich sein, wieder zu einem besseren Zusammenwirken und zu einem dauernden gegenseitigen Vertrauen zu kommen. Dazu ist es notwendig, dass wir unsere Redefreiheit zurückerhalten. Was die formelle Seite anlangt, so haben wir zum Parteitag alies Vertrauen; gebt uns nun aber auch das Gefühl zurück, dass wir als gleichwertige Kameraden angesehen sind! Wir wissen, dass wir in Holland in der Partei keine Mehrheit bilden können, aber wir wollen in der Partei arbeiten mit der Mässigung und Klugheit, welche nur diejenigen aufweisen können, die sich gleichberechtigt fühlen.«

Gorter und Troelstra verzichteten auf die Replik. Fast der ganze Parteitag hatte zwar die Empfindung, dass Frau Roland-Holst mit ihrer Forderung der Redefreiheit Türen einrannte, die weit offen standen, da aber die *Nieuwe Tijd*-Gruppe den ersten grossen Schritt getan hatte, war die Mehrheit gerne bereit, auch einen Schritt entgegenezukommen.

In dieser Stimmung war es eine etwas penible Pflicht, gegen das Treiben der Gorter-Gruppe noch eine scharfe Resolution anzunehmen. Gorter hätte dem vielleicht vorbeugen können, aber die führenden Organe konnten nach seiner Rede nicht anders. Aus den vielen eingegangenen Resolutionen wählten sie die folgende, welche von einigen der grössten Parteisektionen, von Amsterdam und Rotterdam, beantragt war:

»Nach Anhorung der Debatte über die von gewissen Parteigenossen gegen die führenden Organe und die Mehrheit der Partei gerichtete Anschuldigung des Abirrens von der Taktik des Kampfes gegen die Bourgeoisie; in Erwägung, dass diejenigen, welche diese Beschuldigungen ausgesprochen haben, den Beweis dafür nicht erbringen konnten,

weist der Parteitag die Beschuldigungen zurück; er bestreitet das Vorhandensein einer Trennung der Partei in zwei Gruppen, deren eine im Besitze der richtigen Einsicht in die sozialdemokratische Theorie und Taktik sein soll, deren andere nach der bürgerlichen Seite abirren soll. Der Parteitag spricht sein volles Vertrauen in die gute sozialdemokratische Gesinnung der führenden Parteiorgane aus und erklärt sich im allgemeinen mit der bisher befolgten Taktik solidarisch.

Der Parteitag wendet sich schliesslich an das sozialdemokratische Bewusstsein aller Parteigenossen und ruft sie auf, kameradschaftlich und in gegenseitigem Vertrauen den Kampf gegen den Kapitalismus zu führen.«

Diese Resolution, welche, wie man sieht, gegen den ganzen Standpunkt Gorterschroff Stellung nimmt, wurde in namentlicher Abstimmung der Sektionen mit 226 gegen 11 Stimmen bei 14 Stimmenthaltungen angenommen. Nur 4 Sektionen, Haag 1 mit 4, Leiden mit 3, Weesp mit 3 und Apeldoorn mit 1 Stimme, hatten dagegen gestimmt. Von diesen hat später Haag I erklärt, es hätte sich infolge seines gebundenen Mandats, und Apeldoorn, es hätte aus Versehen so gestimmt. Die Sektion Leiden erklärte, sie könne nicht für die Resolution stimmen, sie wolle aber nicht, dass man ihr Votum als einen Ausdruck des Misstrauens gegen den Parteivorstand ansehe. So endete der grosse Sturm gegen die führenden Parteiorgane mit einer fast einstimmigen Billigung ihres Verhaltens. Als im vorigen Jahr ein Amendement der *Nieuwe Tijd*-

Gruppe zur Utrechter Resolution, in welchem der gegen die Verkäufungen ausgesprochene Tadel gleichmässig auf beide Seiten verteilt wurde, zur Abstimmung kam und 63 Stimmen gegen 130 bei 28 Enthaltungen erhielt, da meinten die *marxistischen* Genossen, diese Zahlen zeigten das Stärkeverhältnis der Positionen innerhalb der Parteigruppen an. Diese arge Täuschung hat vielleicht auf ihr späteres Verhalten einen sehr ungünstigen Einfluss ausgeübt und die diesjährige Abstimmung nötig gemacht.

Nach dieser entscheidenden Abstimmung nahm der Parteitag einstimmig eine Resolution über die Kritikfreiheit an, welche nach Amendierung von seiten des Parteivorstandes also lautete:

»Nach Kenntnisaufnahme der verschiedenartigen Auffassungen der im vorigen Jahre zur Sache des Parteikonfliktes gefassten Resolution erklärt der Parteitag, dass diese Resolution die Kritikfreiheit in der Partei ungeschmälert aufrecht erhält, und dass somit jeder Parteigenosse das volle Recht hat, gegen das, was er als Abirrung von unseren Prinzipien ansieht, Einspruch zu erheben; er verlangt aber, dass bei solcher Kritik jede unnötige Bitterkeit und Schärfe vermieden und die Interessen der Partei genügend im Auge behalten werden.«

Nach dieser Abstimmung trat ein Zwischenfall ein, der die sehr gehobene Stimmung wieder etwas herunterdrückte. Genosse van der Goes hatte vor dem Parteitag bekanntgegeben, dass eine Broschüre zu erscheinen im Begriffe sei, welche eine Antwort auf die Broschüre Troelstras darstellen sollte, die dieser vor dem Parteitag von 1906, vor mehr als 14 Monaten, herausgebracht hatte. Schaper fragte nun, ob diese Broschüre erscheinen werde oder nicht; van der Goes wollte nicht antworten; er müsse erst noch mit seinen Gesinnungsgenossen überlegen. Dieser Zwischenfall verursachte eine nervöse Stimmung bis zum folgenden Tag. Dann beeilte sich van der Goes, zu erklären, die *Nieuwe Tijd*-Gruppe sehe von einer Publikation der Broschüre ab und begnüge sich, das Material zur Kenntnis einer Anzahl von Genossen zu bringen.

#### IV



Die Gefahr einer Spaltung war beseitigt. Die Meinungsverschiedenheiten sind allerdings noch da, wenn auch die Genossin Roland-Holst ganz recht hatte, als sie sagte, diese Meinungsverschiedenheiten seien bei uns nicht grösser, als in Deutschland. Ich bin auch dieser Ansicht, aber die Meinungsverschiedenheiten sind in Holland doch wichtiger, weil in einem demokratischen Staatswesen das, was im Volke lebt, auf den Staat schneller einwirkt. Das Verhältnis zur bürgerlichen Demokratie wird wahrscheinlich ein Streitpunkt bleiben — oder vielmehr werden; das ist überhaupt das Sonderbare, dass die ganze Kritik sich gegen Dinge richtete, die vielleicht später einmal kommen —, gerade weil diese bürgerliche Demokratie so sonderbar hin- und herschwankt und heute den Optimisten, morgen den Pessimisten, übermorgen den Skeptikern unter uns recht gibt. Diese Frage ist keine, die man löst. Es ist tatsächlich ganz und gar eine Frage der Praxis, und wir werden diese Periode unserer Entwicklung durchzukämpfen haben, ohne uns vorher über jede Einzelheit des Kampfes völlig klar zu sein.

Die Meinungsverschiedenheit hat aber auch eine prinzipielle Seite. Im *Vortwärts* vom 30. März hat man sich gar sehr über die *extrem revisionistischen* Ansichten des Genossen Vliëgen aufgehalten, die in der Partei wenig Anklang fanden. Ach, wenn man nur endlich einmal wüsste, was unter *Revisionismus* zu verstehen ist! Das eine Mal tut man, als seien *Revisionisten* Menschen,

welche den Standpunkt der Sozialdemokratie und des Klassenkampfes verlassen haben. Dies hat unser Genosse Gorter mit fürchterlicher Einfalt beweisen wollen. Das Resultat war, dass er mit 226 gegen 11 (eigentlich 6) Stimmen für seine Arbeit eine Null bekam. Ein anderes Mal nennt man *Revisionisten* Menschen, welche dadurch, dass sie mehr Auge für das Praktische, als für das Theoretische, haben, die Taktik der Partei etwas — bisweilen vielleicht etwas zu viel — auf die Praxis einstellen. In diesem Falle ist der *Revisionismus* eine gleichberechtigte Strömung in der Partei. Dieser Ansicht war einstimmig der Utrechter Parteitag, alle *Marxisten* stimmten dafür. Alsdann gibt es noch eine dritte Art von *Revisionisten*, und wahrscheinlich sind das die *Extremrevisionisten*, die im *Vorwärts* gemeint sind, nämlich diejenigen, welche glauben, dass der prinzipielle Teil unseres Programms der Revision bedarf. Man braucht nur zu wissen, dass durch dieses Parteiprogramm die Verelendungstheorie in ihrer absoluten Auffassung sich als ein roter Faden hindurchzieht, um bei ruhiger und vorurteilsfreier Betrachtung zuzugeben, dass diese Revision nicht ausbleiben kann.

Die Ereignisse mit ihren ersten Schritten zu einer Programmrevision haben vorläufig nicht gerade bewiesen, dass der *Extremrevisionist Vlieggen* in der Partei so mutterseelenallein stand, wie es im *Vorwärts* behauptet wurde. Die Sache stand so: Nach dem Utrechter Parteitag trat ein in grosser Mehrheit (5 von den 7 Mitgliedern) neu gewählter Parteivorstand in Tätigkeit. Im vorangegangenen Parteivorstand sassen 5 Genossen, die sich zu den *Marxisten*, 2, die sich zu den *Revisionisten* rechneten. Die 2 blieben, die 5 wurden durch andere abgelöst. Dieser neue Parteivorstand kam, als er die Lage der Partei näher betrachtete, ebenfalls zu der Einsicht, dass das Parteiprogramm der Revision bedürfe, und teilte dies, wie folgt, der Partei mit: »Diese Untersuchung [der Parteilage] muss sich auch auf die theoretischen Grundlagen der Partei ausdehnen. Schon zweimal wurde in der Partei die Notwendigkeit von Änderungen im Parteiprogramm bekundet. Das erste Mal geschah es, als die Parteigenossen Frau Roland-Holst und Mendels in einem Programm, das sie für *De Zaaier* [Jugendorganisation] entwarfen, Änderungen vornahmen an dem, was unser Parteiprogramm über die Verelendung der Arbeiter sagt. Das zweite Mal geschah es, als die Agrarkommission zu dem Schlusse kam, dass das, was unser Programm über die Verdrängung des Kleinbetriebes durch den Grossbetrieb sagt, nicht ohne Vorbehalt auf die Landwirtschaft angewendet werden kann. Ferner war auch schon einmal die Kammerfraktion gelegentlich einer Diskussion der theoretischen Grundlagen unserer Partei genötigt, das Programm in einem Punkte zu verleugnen, und bei wissenschaftlichen Debatten mussten sozialdemokratische Schriftsteller den Gegnern in einigen Punkten teilweise recht geben. Es liegt auf der Hand, dass die Kraft der Partei durch diesen Zustand Schaden leidet, sowohl nach aussen, wie im Innern. Nach aussen, weil die Gegner ihre Angriffe fortwährend gegen die schwachen Punkte unseres Programms richten, ohne dass diese mit der notwendigen Kraft der Überzeugung abgewehrt werden können; nach innen, weil diese Punkte eine beständige Quelle von Missverständnissen und Streitigkeiten zwischen Parteigenossen bilden und einer klaren, unzweideutigen Propaganda für unsere Prinzipien in der Partei selbst im Wege stehen.«

Auf Grund dieses Exposés ernannte der Parteivorstand jene Kommission, welche den Auftrag hatte, »in eine Beurteilung des Parteiprogramms einzutreten und die Resultate in einem Bericht an den Parteivorstand, eventuell unter Hinzufügung von Revisionsanträgen, niederzulegen«. Gegen diesen Beschluss des Parteivorstands hatte sich der grosse Sturm erhoben, alle der *marxistischen* Richtung angehörigen Kommissionsmitglieder verweigerten die

Arbeit, die übrigen, nämlich Troelstra, Schaper, Bruins, Spiekman, Kuyper, Ankersmit und ich, machten sich wohl daran, meldeten aber bald darauf dem Parteivorstand, dass die Kommission es wünschenswert fände, durch Mitglieder der anderen Richtung in der Partei ergänzt zu werden, weil die Einwendungen gegen das Programm zu zahlreich und zu tiefgehend seien, als dass sie durch kleine redaktionelle Änderungen erledigt werden können. Daraufhin brachte der Parteivorstand folgenden Antrag ein:

»Der Parteitag bestätigt den Beschluss des Parteivorstandes behufs Ernennung einer Kommission, die den Auftrag hat, in eine Beurteilung des Parteiprogramms einzutreten und die Resultate dieser Beurteilung in einem Bericht an den Parteivorstand, eventuell unter Hinzufügung von Revisionsanträgen, niederzulegen. Der Parteitag ergänzt diese Kommission durch 6 Mitglieder.«

Mehrere Sektionen hatten zu der gleichen Sache Anträge gestellt, die Opposition gegen die Einleitung der Programmrevision selbst war indessen schon vor dem Kongress gebrochen. Es handelte sich nur noch um die Handlungsweise des Parteivorstandes. Diejenigen, welche mit ihr nicht einverstanden waren, wollten die ganze Kommission neu durch den Parteitag wählen lassen. Die Diskussion konnte nur eine kurze sein, denn der Parteitag hatte mit der Hauptfrage zwei von seinen drei Tagen verbraucht, und in grossen Umrissen war dadurch die Programmrevisionsfrage auch schon gelöst.

Genosse Mendels griff den Parteivorstand scharf an. In keinem andern Lande sei so etwas dagewesen, dass ein Parteivorstand, ohne einen Parteitag zu fragen, eine Programmrevisionskommission ernenne. Alle Äusserungen des kritischen Zweifels bezögen sich nur auf einen einzigen Punkt. Dass die Kammerfraktion einen Punkt des Programms verleugnete, kann ja sein, fraglich aber bleibt es, ob das nötig war. Der Redner hat auch nichts davon gemerkt, dass das Programm, wie es jetzt lautet, nicht zu verteidigen ist, und er hat ebensowenig etwas davon gemerkt, dass es Missverständnisse und Verwirrung hervorruft. Die Genossen Gerhard und Tak tadelten den Parteivorstand nur dafür, dass er die Ernennung der Kommission selbst unternommen hätte. Im Namen des Parteivorstandes verteidigte ich die Einleitung der Programmrevision und die Art und Weise, wie sie geschah. Der Parteivorstand ist einstimmig in seinem Zweifel an der Richtigkeit des Programms, und ein solcher Zustand ist unhaltbar. Selbst die Herausgabe der einfachsten Programmbroschüre ist unmöglich geworden. Gegenüber der an Terrain gewinnenden bürgerlichen Demokratie haben wir in vollem Umfange unsere Prinzipien und unser Endziel hervorzuheben. Tun wir das auf Grund unseres bestehenden Programms, dann können wir in einigen Punkten abgeführt werden, tun wir es anders, dann macht man uns den Vorwurf eines falschen Programms. Setzen wir nun den Fall, die Kommission käme zu der Ansicht, die Revision sei nicht nötig; ist dann alles beim alten geblieben? Nein, denn, wenn nach Prüfung des wissenschaftlichen Materials eine Kommission sagt: das Programm ist gut, dann hat auch das Programm eben durch diese Untersuchung der Kommission eine neue Grundlage bekommen. Ich führte dann eine ganze Reihe von Äusserungen unserer Theoretiker an, welche mit dem jetzigen Programm nicht übereinstimmen. Was das Programm über die Verelendung, über die Konzentration, über die Krisen und über die Arbeitslosigkeit sagt, ist angezweifelt worden, und zwar nicht nur von *Revisionisten*; auch Frau Roland-Holst, Mendels, van der Goes, Pannekoek, Gorter, Wibaut, Kuyper, alle diese Genossen haben, der eine diesen, der andere

jenem Punkte des Programms widersprochen. Revision ist also unbedingt notwendig. Was die Ernennung der Kommission durch den Parteivorstand betrifft, so konnte er gar nicht anders handeln. Wäre er mit dem Antrag auf Ernennung der Kommission zum Parteitag gekommen, so hätte er diesen Antrag motivieren und seine Zweifel an der Richtigkeit des Programms darlegen müssen. Hierzu hätte er die ganze Arbeit machen müssen, mit der er die Kommission beauftragt hat. Der Parteivorstand hatte auch gehofft, dass dadurch, dass in der Kommission die verschiedensten Ansichten sich in einer ganz anderen Gegenüberstellung, als sie bei öffentlicher Polemik gegeben ist, zusammenfinden und gegenseitig würdigen lernen würden, für die Einheit der Partei etwas Fruchtbare geschaffen werden könnte. Weil der Parteivorstand aus solchen Motiven heraus gehandelt hat, konnte er sich dem Antrage auf Einsetzung einer neuen Kommission durch den Parteitag nicht beugen, musste vielmehr die Billigung seiner Handlungsweise und die Ergänzung der Kommission durch den Parteitag fordern.

Mit grosser Mehrheit wurde daraufhin der Antrag auf Wahl einer neuen Kommission abgelehnt und der Antrag des Parteivorstandes mit dem Hinzufügen, dass mit der Ergänzung der Kommission der Parteivorstand beauftragt wird, fast einstimmig angenommen. Der *Extremrevisionist Vliegen* war also doch nicht so ganz, ganz allein.

V



IERMIT hatte der Parteitag, was die wichtigen Streitpunkte anlangt, seine Aufgabe erfüllt und, wir meinen, gut erfüllt. Es war nicht die Verschiedenheit der Meinungen, welche so scharfen Kampf notwendig machte, sondern es war die Methode der Verketzerung, dieses beständige Absprechen des sozialdemokratischen Prinzips, was die *Revisionisten* zur Abwehr aufgerufen hat. Dass die Abwehr so zerschmetternd ausfiel, liegt wirklich nicht bloss an der Überlegenheit des einen Standpunktes über den anderen. Es steht zwar fest, dass das, was eine soziale Bewegung zu tun und zu lassen hat, nicht aus einem Buch zu ersehen ist, und hätte auch Marx es geschrieben; aber die grossen Züge der Marx-Engelsschen Lehren zu verleugnen, daran denkt auch keiner von den holländischen *Revisionisten*. Sie sehen nur den Gipfel des Unverstandes darin, dass eine revolutionäre Partei der Zeiten Zeichen nicht verstehen und das, was anders verlaufen ist, als die früheren Vorkämpfer gedacht haben, nicht sehen und ihm nicht Rechnung tragen will. Die sozialdemokratische Bewegung in Holland hätte vielleicht noch jahrelang existieren und wirken und erst noch viel grösser und stärker werden können, ohne dass diese Probleme sich ihr aufgedrängt hätten. Aber die vorzeitige Kritik unserer *marxistischen* Genossen, das künstliche Aufbausehen unbedeutender Dinge, das Suchen nach Kampfobjekten, die Hetze gegen lange Jahre im Kampfe stehende Persönlichkeiten, ohne welche man sich die Partei gar nicht denken kann, alles das — und natürlich wurde auch auf der anderen Seite manchmal über die Schnur gehauen — machte den Streit, gerade weil er nicht nötig war und man seine Unumgänglichkeit nicht fühlte, so scharf und so erbittert, dass es schien, als wäre die Spaltung nicht mehr zu vermeiden. Ich persönlich hatte in der letzten Zeit das Gefühl, eine Spaltung sei notwendig, und sei es auch nur, um die Gorter-Gruppe zu überzeugen, dass mit ihrer Schablone keine Politik zu machen ist.

Glücklicherweise ist die Spaltung doch nicht nötig gewesen. Sie haben sich überzeugen lassen, dass sie sich auf verkehrtem Wege befanden. Der Anblick des Parteitag war allerdings auch sehr überzeugend in diesem Sinne. Während der Rede Gorters sassen sieben Achtel der Delegierten kalt und unerschütterlich da, nur aus den Reihen der Zuschauer ward ihm Beifall gezollt; als er aber einmal ein Zitat von Troelstra verlas, das er kritisieren wollte, da begrüßte der Parteitag das Zitat mit donnerndem Beifall. Erfreulicherweise wurden die Gefühle der Delegierten stark beeinflusst durch die grossen Sympathien, welche die hervorragenden Personen der *Nieuwe-Tijd*-Gruppe in der Partei als Menschen genossen. Frau Roland-Holst, van der Goes, Wibaut, Gorter, das sind Persönlichkeiten, gegen welche nicht so schnell die Leidenschaften entfesselt werden. Das hat nicht wenig dazu beigetragen, die Diskussion, welche in einer Anzahl von Sektionen sehr heftig gewesen war, auf dem Parteitag auf einer würdigen Höhe zu halten. Und das ist keine geringe Sache. Ich habe das Gefühl, dass die niederländische Sozialdemokratie wieder guten Zeiten entgegengeht.

XX

## EDMUND FISCHER · SOZIALDEMOKRATISCHE MITTELSTANDSPOLITIK



**K**EIN Zweifel: die Frage der Mittelstandspolitik ist wieder aktuell geworden, und die Bedeutung der gegenwärtigen Mittelstandsbewegung unterschätzen, wäre kurzsichtig und würde sich schwer rächen. Ganz besonders gibt das Resultat der letzten Reichstagswahl der Sozialdemokratie eine Veranlassung, wieder einmal der Mittelstandsfrage näher zu treten. Denn das hat die Wahl jedenfalls gezeigt, dass der Mittelstand bei den Wahlen im allgemeinen noch den Ausschlag gibt. Und meiner Ansicht nach wird er noch sehr lange eine ausschlaggebende Bedeutung im politischen Leben haben.

Die Enttäuschung über das Resultat der letzten Reichstagswahl ist nichts anderes, als eine Enttäuschung darüber, dass die bisher in der Sozialdemokratie vorherrschende Anschauung über die Entwicklung des Proletariats und des Mittelstandes eine irrige war. Die Verelendungs- und Katastrophentheorie (die Zuspitzungstheorie!) hat man, als es gar nicht mehr anders ging, Schritt für Schritt zurückweichend, schliesslich preisgeben müssen. Ihre hartnäckigsten Verteidiger haben zwar bis zum heutigen Tage dies noch nicht offen zugestanden, sie maskierten ihren Rückzug durch allerhand Verkläuterungen. Aber die Tatsache steht fest, dass diese Anschauung den Weg der *Überlebung* gegangen ist und in unserer Partei keine offene Vertretung mehr findet. Nur hat man sich bisher noch gesehnt, die Konsequenzen aus dieser veränderten Situation zu ziehen. Immer noch sucht man — ohne es offen auszusprechen — die Entwicklung unserer Bewegung auf die als trügerlich erwiesene Voraussetzung aufzubauen, dass immer grössere Massen des Volkes ins Proletariat geschleudert, also Lohnarbeiter werden, das Elend immer grösser, wenigstens relativ grösser werde, der Mittelstand völlig verschwinde und schliesslich, in gar nicht ferner Zeit, der Zustand eintrete, dass nur noch verhältnismässig